

THEMA

REGARDS

ERNÄHRUNGSSYSTEM

Über den Tellerrand hinaus

María Elorza Saralegui

Der neue nationale Aktionsplan für eine nachhaltige Ernährung ist sektorübergreifend. Um das bestehende System zu ändern, fehlen jedoch der Blick über die Landesgrenzen und eine Konkretisierung der Mittel.

Als das Landwirtschaftsministerium bei der Regierungsbildung den Begriff „Ernährung“ in seinen Namen einführte, rückte es zugleich eine nicht nachhaltige Struktur in den Fokus. Denn das Ernährungssystem ist nicht nur anfällig für Lieferkettenstörungen, sondern es schadet auch Umwelt und Klima: Das Großherzogtum importiert einen großen Teil seiner Lebensmittel, und die hiesige Landwirtschaft ist vor allem auf Fleisch- und Milchproduktion spezialisiert. Vom Gemüse und Obst, das täglich auf den Tellern landet, stammen im Durchschnitt weniger als fünf Prozent aus dem heimischen Anbau. Der nationale ökologische Fußabdruck unserer Ernährung ist rund doppelt so hoch „als uns eigentlich zustehen würde, bedingt durch den übermäßigen Konsum tierischer Produkte und die großen Mengen an Lebensmittelabfällen“, wie die Plattform „Meng Landwirtschaft“ kritisiert.

Zweieinhalb Jahre nach Namensänderung und eine Chamberdebatte im März 2025 später stellte die Landwirtschaftsministerin Martine Han-

sen (CSV) Anfang April unter dem Leitmotiv „gemeinsam für eine sichere und ausgewogene Ernährung“ Luxemburgs ersten Aktionsplan für ein nachhaltiges Ernährungssystem vor. Mit etwas weniger als 40 Maßnahmen – einige werden wiederholt genannt – soll der Plan die gesamte Lebensmittelkette abdecken. Dafür ist er in vier Achsen eingeteilt: Neben der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung will die Regierung eine ausgewogene Ernährung fördern, regionale und saisonale Lebensmittel sichtbarer machen und sowohl Ernährungssicherheit als auch -souveränität gewährleisten. Größtenteils setzt der Plan dafür auf Sensibilisierung, Weiterbildungen, Studien und Begleitung.

Allgemeines Gut

„Gemeinsam“, wie das Ministerium angibt, scheint der Plan schon ausgearbeitet worden zu sein: Zwischen März und April vergangenen Jahres haben insgesamt 60 Akteure an einer öffentlichen Befragung teilgenommen – „von den Berufskammern über die Produzenten und dem Lebensmittelhandwerk, dem Konsumentenschutz bis hin zu den Schulen“, zählte Hansen auf. Auch der Ernährungsrat, mit dem Bürger*innen auf ein alternatives Ernährungssystem hinarbeiten (woxx 1652, „Ernährungssouveränität: Katzentisch statt Mitbestimmung“), wurde konsultiert. Ein wichtiger Akteur fehlte jedoch, wie Céline Depiesse von der NGO Cell, die Teil des Ernährungsrats ist, betont: Die Plattform „Meng Landwirtschaft“, die rund siebzehn NGOs vereint und seit Jahren für ein nachhaltiges ökologisches Landwirtschaftsmodell eintritt. Dies, obschon die Plattform bereits 2024 einen offenen Brief an die Landwirtschaftsministerin schickte, in dem sie um Beteiligung bat. Für die Expertin in Ernährungswende Céline Depiesse, die seit anderthalb Jahren für Cell arbeitet, gehen die im Plan vorgeschlagenen Maßnahmen nicht nur deshalb nicht weit genug.

„Die Nachhaltigkeit des Aktionsplans ist implizit gegeben, da der Plan auf ein nachhaltiges Ernährungssystem abzielt“, steht in der Einleitung

des Plans. Was die Regierung unter „Nachhaltigkeit“ genau versteht, definiert sie allerdings nicht, kritisiert Depiesse gegenüber der woxx. Für Cell müsse ein nachhaltiges System nicht nur den Zugang zu einer gesunden Ernährung für die gesamte Bevölkerung sichern, sondern dies auch ohne „Ausbeutung der Natur oder des Menschen“ tun. Wirklich nachhaltig werde das System nur, wenn alle Akteure mit ins Boot geholt würden und eine Rechenschaftspflicht in den Lebensmittelsystemen eingeführt würde, so Depiesse: „Unserer Meinung nach sollte Nahrung nicht als gewöhnliches, austauschbares Gut behandelt werden. Es handelt sich um ein Grundbedürfnis.“ Bei der Souveränität gehe es deshalb „nicht nur um die Zukunft der Versorgung“. Die intensiven Industrieprozesse selbst würden in Frage gestellt, um ein faires Handeln mit anderen Ländern zu sichern. „Ökologisch produziert, wirtschaftlich tragfähig und sozial verantwortlich“, definierte auch die Ernährungssoziologin Rachel Reckinger ein souveränes Ernährungssystem bereits im Jahr 2021 im Gespräch mit der woxx (woxx 1645, Ernährungssouveränität: Transformation des Ernährungssystems).

Den Anspruch auf Souveränität erhob Martine Hansen im März vergangenen Jahres während der Debatte im Parlament schon: „Mithilfe welcher konkreten Aktionen bringen wir es fertig, sowohl die Lebensmittelsicherheit als auch vor allem die Lebensmittelsouveränität weiter zu verbessern und abzusichern?“, fragte sie die anwesenden Abgeordneten. Diese erwähnten diesbezüglich konkrete Aspekte wie die Wichtigkeit der Biolandwirtschaft und den Erhalt von gesunden Böden, den hohen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, den Verlust der Artenvielfalt, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Ländern oder die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern, etwa von Migrant*innen auf den Feldern Südspaniens. „Wir dürfen die Realitäten außerhalb unserer Grenzen nicht ignorieren, weil auch sie Teil unseres Ernährungssystems sind“, betonte beispielsweise die Abgeordnete Joëlle Welfring (déi gréng). Im vorgestellten

EU-weite Petition: „Nahrung ist ein Menschenrecht“

Zwischen 700 und 800 Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger. Allein in Europa habe „mindestens ein Fünftel der Bevölkerung keinen Zugang zu angemessener Nahrung“, gibt eine neue EU-Bürgerinitiative an. Gleichzeitig werfen Europäer*innen jährlich fast 60 Millionen Tonnen Nahrung weg, rund 128 Kilogramm pro Person. „Die EU muss das Recht auf Nahrung systemisch garantieren und gesunde, gerechte, humane und nachhaltige Lebensmittelsysteme für heutige und zukünftige Generationen fördern“, fordern deshalb die Bürger*innen in einer Petition an die EU-Kommission. Unter der Kampagne „Good Food for All“ sollen demokratische Beteiligung, nationale Initiativen, kleinbäuerliche Verbände und lokale Saatgutssysteme EU-weit stärker unterstützt werden. Denn mehr als die Hälfte aller landwirtschaftlichen Flächen Europas liegt in den Händen von knapp drei Prozent aller Betriebe. Auch fordert die Initiative eine strengere Regulierung von Gentechnik. Lebensmittel seien schlicht ein „öffentliches Grundbedürfnis“ und sollten als solches anerkannt werden. Bisher haben etwas mehr als 32.600 Personen die Initiative unterschrieben. Mehr Informationen auf: www.goodfoodforall.eu

Pfirsiche, Bananen, Kiwis ...
weniger als ein Prozent des
Obsts, das in Luxemburg
gegessen wird, wird auch hier
angebaut. Die Regierung will
mithilfe eines neuen Plans die
regionale Ernährung stärken.
Wie genau, muss sie noch
festlegen.

Aktionsplan, der bis 2030 gelten soll, fehlt allerdings fast jeglicher Bezug auf diese „Realitäten“. Das aktuell geltende System, das die Abhängigkeit von Agrarkonzernen erhöht und zur Klimakrise beiträgt, lässt der Text außer Acht.

Ein „Ausgangspunkt“

Stattdessen setzt der Plan hauptsächlich auf eine regionale und möglichst gesunde Ernährung und visiert sowohl Konsument*innen als auch Produzent*innen und verschiedene Industriebetriebe an. Sensibilisierungskampagnen zu den verschiedenen Kennzeichnungen auf Produkten oder der Qualität des Trinkwassers, Schulbesuche auf Bauernhöfen und Ausbildungen, unter anderem für Schulpersonal, sind vorgesehen. Auch plant das Landwirtschaftsministerium regionale Hersteller sichtbarer zu machen. Dies, indem es unter anderem eine Karte fürs gesamte Land mit allen Orten erstellt, wo Konsument*innen, Horesca- und Einzelhändler*innen direkt beim Produzenten einkaufen können. Gleichzeitig sollen die Akteure in einem „Matchmaking“ einander leichter zugeordnet werden, damit regionale Lebensmittelketten für die Verarbeitung von Obst und Gemüse ausgebaut werden. „Es ist ein guter Ausgangspunkt“, begrüßt Céline Depiesse die Maßnahmen.

Viele sollen in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien umgesetzt werden, etwa die Förderung des Angebots von Obst und Gemüse in den sozialen Lebensmittelläden, das mithilfe des Familienministeriums gestärkt werden soll. Zudem soll mit Blick auf die steigende Prekarität wenigstens der staatliche Zuschuss für arme Familien mit Kindern auf sieben Euro pro Mahlzeit steigen. Bestehende Projekte sollen bewertet und gegebenenfalls ausgebaut werden. So die Initiative „Supply4Future“, die dafür sorgt, dass in öffentlichen Schulen vor allem biologische und regionale Lebensmittel auf den Tellern landen. Auch Krankenhäuser und weitere öffentliche Kantinen könnten in Zukunft mehr regionales und biologisch angebautes Obst anbieten – ein konkreter Prozentsatz



COPYRIGHT: JONATHAN DAVID, VIA PEXELS

muss hier jedoch noch definiert werden. Und: Nur anhand eines Fokus auf regionale Produkte werde das System sich nicht ändern, mahnt Depiesse: „Man kann beispielsweise durchaus regionale Produkte essen, die nicht unbedingt gesund sind. Die Produktionsmethoden haben einen erheblichen Einfluss auf die Qualität der Produkte sowie auf die Biodiversität und den Klimawandel. All dies muss im Plan noch näher ausgeführt werden.“

Der Plan verweist auch auf das aktuelle Gesetzesprojekt zur Förderung von Treibhäusern oder auf das Netzwerk von Gemeinschaftsgärten, das unterstützt werden soll. Letzteres begleitet Cell schon seit mehreren Jahren. Die Expertin Depiesse bedauert, dass die meisten Maßnahmen viel zu vage seien. Bis wann sie umgesetzt werden sollen, steht noch aus. „Auch die für die verschiedenen Maßnahmen bereitgestellten Mittel sind ein großes Fragezeichen. Mit wie viel Geld die Gemeinschaftsgärten nun unterstützt werden sollen, wissen wir beispielsweise noch nicht“, so Depiesse.

Eine mögliche Bioregion

Gerade die finanzielle Not in den Sektoren und eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit müssten deutlicher im Mittelpunkt stehen, kritisiert die Cell-Expertin. Die Regierung sei sich dieser Herausforderung auch bewusst. So steht im Plan etwa: „Mehrere Akteure fordern eine Zusammenarbeit auf regionaler und europäischer Ebene.“

Auch werden „der mangelnde Zugang zu hochwertiger landwirtschaftlicher Fläche, der Rückgang der Zahl der Landwirte, der Mangel an lokaler Produktions- und Verarbeitungsinfrastruktur“ konkret genannt. Doch die Lösungsvorschläge der Regierung hierauf – etwa ein Gesetzesentwurf, um die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu verbessern und die berufliche Wiedereingliederung zu fördern – reichen nicht aus, bemängelt Depiesse. „Dieser Plan gibt weiterhin keine ausreichende Antwort darauf, wie wir die zurückgehende Anzahl von Bauern umkehren. Ab wann sollen wir all die motivierten jungen Menschen unterstützen, die die landwirtschaftliche Fachschule absolvieren?“

Die Frage drängt sich durchaus auf: Einer landesweiten Umfrage von Juni 2023 zufolge – auf die das Landwirtschaftsministerium zurückgriff, um den Aktionsplan auszubauen – zeigte sich die Mehrheit der hiesigen Landwirt*innen pessimistisch. Die meisten gaben an, sich von den Behörden im Stich gelassen zu fühlen. Ganze 60 Prozent der Befragten glaubten auch, dass Konsument*innen ein schlechtes Bild der Landwirtschaft haben – dabei offenbarte eine vorherige Studie der Ilres, dass neun von zehn Verbraucher*innen ein „eher gutes Bild“ haben.

Die meisten Bereiche des Lebensmittel- und Ernährungssektors sind hochspezialisiert und industrialisiert und eher auf Profit als auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung

ausgerichtet. Diesbezüglich sei der Plan keineswegs ein falscher Schritt. Der Blick nach außen fehle jedoch: „Wenn wir den Blickwinkel wechseln und das System beispielsweise aus der Perspektive der Großregion betrachten – also einer sogenannten „Bioregion“, da sich die Ernährung nicht auf nationale Grenzen beschränkt –, würden wir mehr interessante Lösungen erkennen“, so Depiesse. Will das Land tatsächlich ein „nachhaltiges“ Ernährungssystem, müsse sich die Regierung von den aktuellen Zielen der Exportmaximierung und der Ertragsoptimierung lösen. Dazu gehören eine stärkere Einbeziehung der Akteure vor Ort, wie landwirtschaftliche Verbände und Umweltschutz-NGOs, und eine stärkere Anerkennung und Förderung von Projekten wie dem 2000m² (woxx 1801, „Agriculture durable : 2.000 m² pour manger“). „Wir wollen über die reine Beratung hinausgehen, denn eine Stellungnahme abzugeben, ist nicht dasselbe wie bei der Umsetzung mitzuwirken. Der Plan hätte eine Möglichkeit für echte Beteiligung sein können und kann es noch sein. Wir sind dazu bereit“, sagt Depiesse.

Der Plan sei in der Tat anpassungsfähig, so das Landwirtschaftsministerium bei dessen Vorstellung. Zunächst sollen aber die Details zur Umsetzung und eine Liste mit Indikatoren, um ihre Wirksamkeit zu überprüfen, in den kommenden Monaten beschlossen werden. Babyschritte statt Systemänderung.